

Augsburg, Berlin, Bremen,  
Dortmund, Dresden, Düsseldorf,  
Frankfurt, Friedrichshafen,  
Hamburg, Hannover,  
Heidelberg, Hof Plauen, Köln-  
Bonn, Leipzig-Halle, Mannheim,  
München, Münster-Osnabrück,  
Nürnberg, Stuttgart, Sylt.

 **Lufthansa**

# Argentinisches Tageblatt

In Deutschland  
sind wir zu Hause

 **Lufthansa**

Sonnabend, 31. Dezember 2005

116. Jahrgang Nr. 31.543

## Streit um den Richterrat

### Opposition wehrt sich gegen Politisierung des Organs

Buenos Aires (AT/RTA) - Nicht etwa der dafür zuständige Justizminister bemühte sich namens der Exekutive um die Reform des Richterrates, Spanisch "Consejo de la Magistratura", sondern die Präsidentengattin Cristina Fernández de Kirchner in ihrer Eigenschaft als Senatorin für die Provinz Buenos Aires. Ihr Gesetzesprojekt war im Senat mit überwältigender Mehrheit verabschiedet worden und sollte in der Deputiertenkammer ohne die dafür vorgeschriebenen Gutachten der Ausschüsse für Verfassungsfragen und Justiz verabschiedet werden. Indessen kam es anders.

Das Projekt verringert die Zahl der Mitglieder des Richterrates von 20 auf 13. Bisher bilden ihn je 4 Senatoren und Deputierte, 4 nationale Richter, 4 Vertreter der Rechtsanwälte, 2 Akademiker und ein Delegierter der Exekutive. Der Präsident des Obersten Gerichtshofes führt den Vorsitz. Laut Reformprojekt bleiben je 3 Senatoren und Deputierte, 3 Richter, 2

Rechtsanwälte, ein Akademiker und ein Delegierter der Exekutive.

Bisher waren vom Kongress je 2 Mitglieder der Regierungspartei ernannt worden und je einer der ersten bzw. zweiten Minderheit. Letztere entfällt mit der Reform, ebenso zwei Akademiker und ein Richter. Das Gewicht der Politiker nimmt mit neun Vertretern des Kongresses und der Exekutive zu. Die Opposition verliert somit Einfluss. Die Regierung besitzt zwar keine eigene Mehrheit im künftigen Richterrat, kann aber Entscheidungen mit einer Sperrminderheit jederzeit verhindern.

Die Deputiertenkammer sollte in der Vorwoche das Gesetz verabschieden. Indessen verzichtete die Exekutive darauf, weil sie weder die Beschlussfähigkeit noch eine Mehrheit für das Gesetz hätte erreichen können. Ohne Gutachten der Ausschüsse müsste das Projekt mit absoluter Mehrheit der Abgeordneten, lies 129 Deputierte, beschlossen werden. Die Regie-

rungsfraktion zählt maximal 117. Zudem befanden sich viele Parlamentarier bereits im Inland und waren nicht bereit, ihre vorgezogenen Ferien für das Projekt des neuen Richterrates zu opfern.

Nachdem der Versuch gescheitert war, das Gesetz in der Vorwoche in der Deputiertenkammer absegnen zu lassen, wurden die Ausschüsse für Verfassungsfragen, in dem die Senatorin Kirchner den Vorsitz führt, und für Justiz einberufen, die am Mittwoch mit den Stimmen der Regierungsdeputierten das Projekt billigten. Die Oppositionspolitiker kritisierten in der achtstündigen Debatte die Reform, weil sie das politische Gleichgewicht im Richterrat verletzt, wie es die Verfassungsnovelle von 1994 vorsieht. Vorher hatten die massgebenden Verbände der Rechtsanwälte und Sprecher anderer Organisationen das Reformprojekt scharf kritisiert. Ihre Argumente fanden ihren Niederschlag in den Medien.

Zeitgleich verlängerte die Exekutive per Dekret die außerordentlichen Sitzungen des Kongresses bis zum 28. Februar. Die bisherigen außerordentlichen Sitzungen laufen am 31. Dezember ab. In der Deputiertenkammer muss die Exekutive zu den ihr gewogenen 117 Abgeordneten andere Stimmen gewinnen. Einige Duhaldisten, Vertreter aus Córdoba, allenfalls abtrünnige Radikale, deren Gouverneure auf Zuwendungen der Nationalregierung bedacht sind, und Provinzpolitiker mögen zu einer Mehrheit von mindestens 129 Deputierten verhelfen.

Auch wenn die Deputiertenkammer Änderungen in der Gesetzesvorlage des Senats einfügt, dürfte das Oberhaus insistieren, so dass dessen Gesetzestext schließlich verabschiedet und von der Exekutive verkündet wird. Die Kammer des Kongresses, die die Initiative eines Gesetzesprojekts ergriffen hat, besitzt das Privileg, auf die ursprüngliche Fassung zu bestehen.

## Krach im Senat

### Verhältnis Scioli-Kirchner verschlechtert sich

Buenos Aires (AT/RTA) - Ein Missverständnis sorgte in der Vorwoche für Krach im Senat. Senatorin Cristina Fernández de Kirchner übte in einer Privilegienfrage scharfe Kritik am Vizepräsidenten Daniel Scioli, der den Vorsitz führte. Die Senatorin beanstandete ein Senatsdekret, durch das der Senator für Santa Fe, Rubén Giustiniani, aus dem Ausschuss für Justiz ausgeschlossen wurde und sie selber an dessen Stelle ernannt wurde. Das habe zur Kritik in der Presse geführt, weil ihr unterstellt worden war, dass sie den sozialistischen Senator bestrafen wollte, weil er ein Reformprojekt des Richterrates vorgetragen habe, das anders als ihr eigenes Projekt lautete. In den Zeitungen La Nación, Clarín und Ambito Financiero sei diese Lesart veröffentlicht worden, was die Senatorin als ein Pressemanöver des Vizepräsidenten verurteilte.

Scioli schwieg und erklärte nach der Sitzung, dass er sich republikanisch verhalte. Privilegienfragen werden laut Senatsstatuten nicht debattiert. Innenminister Anibal Fernández und Kabinettschef Alberto Fernández kritisierten ebenfalls das Verhalten des Senats-

präsidenten.

Senatssekretär Juan Estrada, der die Dekrete des Senatspräsidenten vorbereitet, gab danach zu, dass er schuldig gewesen sei, das Missverständnis herbeizuführen. Irrtümlicherweise habe er angenommen, dass der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei, Senator Pichetto, schriftlich vorgeschlagen habe, dass Senatorin Kirchner Mitglied des Justizausschusses sein solle, worauf er den kurz vorher in den Ausschuss aufgenommenen Senator Giustiniani ausschloss. Für die Aufnahme von Ausschussmitgliedern ist ein Gesuch der betreffenden Fraktionsvorsitzenden vonnöten. Dadurch entstand der Verdacht, dass Senatorin Kirchner Rache geübt habe, als der Senator ein eigenes Projekt zur Richterreform eingebracht habe. Das stimmt nicht.

Am Montag der abgelaufenen Woche korrigierte Senatspräsident Scioli den Irrtum. Senator Giustiniani ist wieder Mitglied des Justizausschusses, während Senatorin Kirchner verzichtete.

Der Krach im Senat zeigte allzu deutlich, wie es mit den Beziehungen zwischen Präsident Kirchner und seinem Vizepräsidenten

Scioli steht. Nach früheren Zwistigkeiten, die Scioli aus dem engeren Kreis der Exekutive ausschließen, abgesehen von protokollarischen Anlässen, zeigte der Temperamentsausbruch der Senatorin Kirchner, dass Scioli deutlich entfremdet ist. Im April 2003 waren beide auf

einem gemeinsamen Wahlzettel gewählt worden. Daniel Scioli waltet ausschließlich seines Amtes als Vorsitzender des Senats und vertritt Präsident Kirchner bei dessen Auslandsreisen. Eine andere Beziehung gibt es nicht.

## Weniger Lokale - kaum mehr Sicherheit

### Vergnügungsszene nach der Cromañón-Tragödie

Buenos Aires (AT/RTA) - Die Nachwehen der Tragödie Cromañón vor Jahresfrist, als bei einem Diskothekenbrand 193 Menschen starben, machen sich jetzt bemerkbar. Damals gab es über 200 Nachtlokale, die von der Stadtverwaltung zugelassen worden waren, allerdings, wie Cro-mañón bewies, unter lässiger Aufsicht. Dass Schmiergelder bezahlt werden mussten, um die Zulassung der Stadtverwaltung zu ergattern, wird generell als selbstverständlich angenommen.

Von jenen Nachtlokalen, im Volksmund als "boliches" bezeichnet, verbleiben derzeit kaum 67, denen es offenbar gelungen ist, die Zulassung trotz verschärfter Auflagen zu erwirken. Ob dabei abermals Schmiergelder flossen, lässt sich nur vermuten, weil solche Zahlungen stets im Verborgenen geleistet werden. Branchen-

sprecher geben anonym zu, dass ohne Schmiergelder die verschärften Auflagen kaum zu erfüllen sind und dass die Beamten jederzeit neue Missachtungen der Vorschriften erfinden können. Die Einrichtungen der Nachtlokale erfordern Kapitalinvestitionen und Personalaufwand sowie Werbung, damit interessierte Jugendliche die Eintrittskarten bezahlen und sich vor Ort mit Musik, Tanz und Trunk belustigen.

Die Lokale müssen beispielsweise mitteilen, wie groß ihre Kapazität ist, und dürfen nicht mehr Besucher zulassen. Der Andrang pflegt freilich groß zu sein, nachdem die Zahl der Diskos auf weniger als die Hälfte geschrumpft ist und die Jugend sich gleich wie im Vorjahr gerne amüsiert und der Geselligkeit frönt. Außerdem müssen die Pläne der Lokale ordentlich autorisiert worden sein,

ferner sind Feuerwehrleute, allenfalls ein Arzt bei mehr als tausend Besuchern, anzuheuern. Für den Ausschank gelten ebenfalls strenge Vorschriften. Alle Mitarbeiter müssen bei der Steuerbehörde und bei der Sozialstelle Anses eingeschrieben sein und die Lokale selber ebenfalls. Auch medizinische Atteste sind Vorschrift für Bar-männer.

Die Vergnügungen beschränken sich auf laufende Musik- und Tanzveranstaltungen, meist an Wochenenden bis in die Morgenstunden. Auch Schulschlussfeiern sind längst Usus, wofür auch Nachlokale eingesetzt werden. Allein im letzten Quartal wurden mehr als 1.500 Schulschlussfeiern in Nachtlokalen abgehalten.

All die strengen Vorschriften und Auflagen für Nachtlokale, die nach der Tragödie Cromañón verschärft wurden und strenger als

vorher kontrolliert werden, verhindern freilich nicht, dass trotzdem illegale Veranstaltungen stattfinden. Soweit die Behörden willens sind, sie zu schließen, geschieht das schnurstracks, allein nahezu 400 im laufenden Jahr. Offenbar wissen Polizei und Aufsichtsbehörden, wo illegale Feste gefeiert werden. Auch gewöhnliche Pubs, die nicht als Tanzlokale zugelassen sind, werden vielfach für Trunk und nachfolgendem Tanz benutzt, der nicht autorisiert ist. Auch Lokale, die keinesfalls zugelassen sind, empfangen Besucher gegen ein Eintrittsgeld von fünf bis sieben Pesos. Anzeigen werden per Telefon oder Internet entgegen genommen, aber im schlimmsten Fall kommen die Lokaleigentümer mit Bußen bis 300 Pesos davon, die sie bezahlen, um nachher weiter zu machen.

## WOCHENÜBERSICHT

### Mobiltelefone verboten

Dem UCR-Abgeordneten Hugo Maldonado fiel es in seiner Heimatprovinz Chaco ein, mit einem Gesetzesprojekt den Verkauf von Mobiltelefonen zu verbieten, weil angeblich die betreffenden Firmen zu viele Telefone abgesetzt hatten und mit deren Wartung in Verzug standen. Das Provinzparlament billigte die Vorlage, gegen die jedoch Gouverneur Roy Niskisch (ebenfalls UCR) sein Veto einlegte. Die Wartung der Telefone sei wirklich mangelhaft, aber das Gesetzesprojekt sehe keine genauen Richtlinien vor, um diesen Mangel zu beheben.

### Camilión entlastet

Der frühere Verteidigungsminister Oscar Camilión wurde von der Bundeskammer im Strafprozess entlastet. Ihm war vom Bundesrichter Ballestero wegen der zusätzlichen Gehälter als Minister Diebstahl öffentlicher Gelder (Spanisch "peculado") angelastet worden. Das Delikt wird mit maximal zehn Jahren Haft bestraft. Die Kammer befand, dass der Tatbestand nur eine Veruntreuung öffentlicher Gelder ("malversación de fondos públicos") rechtfertige,

die nach drei Jahren verjährt. In der Folge entfallen alle Prozesse gegen frühere Beamten der Menem-Regierung, darunter die Minister Cavallo, Granillo Ocampo, Jassan und Caro Figueroa sowie andere Beamte, die allesamt verjährt sind.

### Arbeitslosigkeit bildungsbedingt

Laut einer Studie des privaten Instituts für die argentinische Sozialentwicklung (IDES) haben 65 Prozent der Arbeitslosen die Sekundarschulen nicht absolviert. Bezogen auf die gesamte Erwerbsbevölkerung, wie sie offiziell ermittelt wird, haben 48 Prozent der privaten Arbeitnehmer kein Diplom einer Sekundarschule. Ohne Haushaltsangestellte fällt der Anteil auf 42 Prozent. In der Bauindustrie und in Haushalten nimmt der Anteil auf 72 bzw. 77 Prozent zu.

### Cromañón-Zeugen

Die Kammer von 15 Stadtabgeordneten, die über den suspendierten Regierungschef Aníbal Ibarra urteilen soll, beschloss, dass der Prozess am 17. Januar beginnen und von Dienstag bis

Donnerstag tagen wird. 137 Zeugen werden gehört. Die Beanstandung des Abgeordneten Gerardo Romagnoli durch Ibarra wurde mit 14 Stimmen abgelehnt. Zeitgleich demonstrierten über hundert Beamte, Ärzte und Familienmitglieder, wie sie sich bei der Tragödie der Disko Cromañón verhalten hatten, die am 30. Dezember 2004 193 Menschenleben forderte.

### Beschlagnahme

Nachdem die Legislative der Provinz Buenos Aires ein Gesetz erließ, das der Steuerbehörde der Provinz das Recht einräumt, unter bestimmten Bedingungen Kraftfahrzeuge ohne richterlichen Beschluss durch die Polizei beschlagnahmen zu lassen, teilte die Behörde mit, dass zwischen 2500 und 3000 Kfz jeweils 4500 Pesos an Gebühren schuldig sind. Die von Sprechern mehrerer Organisationen als verfassungswidrig eingestufte Maßnahme soll die Eintreibung der Kfz-Gebühren von 470 auf 500 Millionen Pesos anheben.

### Weniger Koffein

Die unter Jugendlichen belieb-

ten energiespendenden Getränke müssen nach einem Urteil der Richterin María José Sarmiento ihren Koffeingehalt von 35 auf 20 Milligramm je 100 Milliliter senken, wie es die Gesundheitsbehörde Anmat vorschreibt. Die Richterin hatte zunächst eine einstweilige Verfügung der österreichischen Firma Red Bull angenommen aber nach Erledigung der Formalitäten anders entschieden. Die Firma, die weltweit 129 Länder beliefert, kündigte Berufung an. Ihre Getränke sind überall außer in Frankreich, Dänemark und Schweden zugelassen. Der hohe Koffeingehalt wirkt zusammen mit Alkoholgenuss gesundheitsgefährlich. Mehrere Todesfälle sind eingetreten.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

[www.allesdeutsch.com.ar](http://www.allesdeutsch.com.ar)

...für alle, die es deutsch mögen.

### Anwälte

Abogados

Claudio Gaebler

Erbschaften u.a. Sucesiones e.o.  
4798-5650 / 15-4532-1753

# Machtgerangel im Kongress

Die Marathonsitzungen im nationalen Kongress vor und nach Weihnachten haben ein deutliches Machtgerangel zwischen der Exekutive und oppositionellen Parlamentariern zur Schau gestellt. Im Senat genießt die Regierungspartei "Frente para la Victoria" (FPV) mit verbündeten Justizialisten eine bequeme Mehrheit. Hier spielt zudem die Präsidentengattin Cristina Fernández de Kirchner eine massgebende Rolle. Sie pflegt im inneren Zirkel um den Präsidenten an wichtigen Entscheidungen mitzuwirken, so dass ihrem Wort im Senat besondere Bedeutung beigemessen wird.

Anders verhält es sich in der Deputiertenkammer. Hier halten nur 117 Deputierte stramm zur Regierungsführung, so dass zwölf bis zur Beschlussfähigkeit, auch Quorum genannt, fehlen. Kaum können Sitzungen mit mindestens 129 Deputierten abgehalten werden, genügen für die meisten Gesetze entweder eine einfache Mehrheit der Hälfte plus einem anwesenden Abgeordneten oder in gewissen Fällen zwei Drittel. Für Sondergesetze schreibt die Verfassung die einfache Mehrheit der gesamten Deputierten vor, die gleich der Quorum-Mehrheit ist.

Für die Beschlussfähigkeit, ohne die die Sitzungen samt Gesetzesprojekten verenden, muss sich die Regierungspartei um Deputierte anderer Fraktionen bemühen, auch wenn diese nachher im Plenum gegen die Vorlagen der Regierungen abstimmen oder sich der Stimme enthalten.

Die Exekutive, das sind Präsident Kirchner höchstpersönlich, Kabinettschef Alberto Fernández, Innenminister Aníbal Fernández, der neue Fraktionschef Agustín Rossi und andere Mittelsmänner, übt sanften oder

heftigen Druck auf widerspenstige Abgeordnete aus. Gelegentlich bemühen sie sogar Gouverneure, auch diejenigen der UCR-Opposition, damit diese die ihnen verbundenen Abgeordneten zur Sitzung abkommandieren, gleich ob sie nachher für oder gegen eine Vorlage stimmen. Sechs Gouverneure in Santiago del Estero, Catamarca, Mendoza, Corrientes, Rio Negro und Chaco sind Parteimitglieder der radikalen UCR, wiewohl einige in Allianz mit anderen Parteien gewählt worden sind.

Für Gouverneure von Provinzen entpuppt es sich als deutlich schwierig, gegen die Nationalregierung Stellung zu nehmen. Sie hängen von Zuschüssen ab, die über die automatische Verteilung der Bundessteuern, Spanisch genannt "coparticipación", mit Subventionen verbunden sind. Letztere können erstattet oder unterlassen werden. Das bezieht sich sowohl auf Zuschüsse für öffentliche Bauten in den Provinzen oder für Gehalts- und Rentenzahlungen als auch um Sonderfinanzierungen, allenfalls Aussenstände der Rentenkassen oder Schuldentilgungen gegenüber der Nationalregierung.

Die reinen Politiker der UCR und anderer Oppositionsparteien (ARI, PRO, föderale und provinzielle Allianzen) hängen nicht direkt von der Gnade der Nationalregierung ab. Sie stehen für Opposition ein und nehmen gegebenenfalls nicht an den Sitzungen teil, um die Beschlussfähigkeit zu torpedieren, oder sie debattieren und stimmen gegen die Regierungsprojekte.

Dieses machtpolitische Szenarium führt notgedrungen zu Zerwürfnissen innerhalb der Oppositionsparteien, wenn deren Gouverneure anders als die Parteiführer handeln. Das jüngste Machtgerangel im Kongress, als der Haushalt, die Verlängerung der Bundessteuern und der Notstandsgesetze mit Sondervollmachten für die Exekutive sowie die Tilgung der Schulden gegenüber dem Internationalen Währungsfonds zur Diskussion standen, hat diesen Konflikt deutlich zur Schau gestellt. Dem radikalen Gouverneur von Mendoza, Julio Cobos, schnitt die Exekutive ein Subventionsprogramm, als sein Vorgänger und jetziger UCR-Chef, Roberto Iglesias, für strikte Opposition plädierte. Präsident Kirchner hatte sich über eine Oppositionsrede des Iglesias-nahen UCR-Senators für Mendoza, Sáenz, geärgert.

Es ist freilich keinesfalls das erste Mal in der argentinischen Innenpolitik, dass oppositionelle Politiker die Beschlussfähigkeit als Pfand in die Hand nehmen und der Regierung Schwierigkeiten für die Durchsetzung ihrer Initiativen im Kongress bereiten. Unter Präsident Carlos Menem (1989-1999) ebenso wie unter seinem Vorgänger Raúl Alfonsín (1983-1989) gab es mehrmals solche Konflikte, ohne dass freilich die Staatskasse dermassen deutlich für gegenwärtig als Druckmittel eingesetzt wurde. Das jüngste Machtgerangel hat gezeigt, dass die Kirchner-Regierung keinesfalls zimperlich ist, wenn es darum geht, ihr Regierungsprogramm durchzusetzen.

## Randglossen

**Wie alljährlich zum Jahresende erinnern sich Senatoren und Deputierte an ihre eigentlichen Aufgaben, nämlich Sitzungen abzuhalten, deren Beschlussfähigkeit zu garantieren, zu debattieren und allenfalls Gesetzesprojekte einzureichen sowie zu verabschieden. Im Verlauf von 2005 hielten sich die nationalen Parlamentarier diskret zurück, erschienen kaum zu den Sitzungen und kümmerten sich hauptsächlich um die Wahlen. Im Ergebnis wurden wenige ordentliche Sitzungen der Deputiertenkammer, einige mehr des Senats abgehalten. Ein gewaltiges Arbeitspensum staute sich vor Weihnachten, das in Windeseile absolviert wird. Danach warten parlamentarische Ferien, die erste Priorität genießen.**

Der besonders rührige Steuer-eintreiber der Provinz Buenos Aires, Santiago Montoya, hat sich eine neue Methode einfallen lassen, um rückständige Kraftfahrzeugsteuern zu kassieren. Zahllose Eigentümer teurer Automobile unterlassen es, die Steuern zu entrichten. Künftig werden solche Fahrzeuge von der Polizei beschlagnahmt, sofern sie mehr als 25.000 Pesos wert sind und die Steuerschuld mehr als zehn Prozent des Wertes ausmacht. Eine Gnadenfrist von 15 Tagen erlaubt den säumigen Schuldner die Zahlung, sonst werden die Automobile von der Polizei übernommen, um Sicherheitsdienste zu leisten. Erste Stichproben bei der Überfahrt des Rio de la Plata ergaben, dass die Hälfte der Fahrzeuge Steuerschulden aufwies. Skandalös.

## Justiz genehmigt Rentenindexierung

Buenos Aires (AT/RTA) - Ein Sozialrichter nach dem anderen gesteht Rentenbeziehern die Anhebung ihrer Bezüge zu und befiehlt der Sozialstelle Anses, die neuen Renten mit rückwirkender Kraft zu bezahlen. Die zweite Kammer des Bundesgerichts für Sozialsicherheit hat nun die verschiedenen Urteile erster Instanz auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, indem die Renten nach dem neuen offiziellen Lohnindex anzupassen sind.

Bundesrichter Alberto Ize hatte auf die Klage der Rentnerin Dora Tarrío diesen Index vorgeschrieben, den besagte Berufungskammer allgemein verfügt hat. De Rechtsprechung bezieht sich auf Urteile des Obersten Gerichtshofes, weil die Renten weniger als Gehälter und Löhne nach der Abwertung von Anfang 2002 gestiegen seien.

Mit dem Urteil besagter Berufungskammer in der Klage des Rentners Ramón Veliz haben alle drei Kammern des Berufungsgerichts die Anhebung der Renten vorgeschrieben. Der Lohnindex, im Kürzel genannt RIPTE, erlaubt die gleiche Anpassungsformel für alle Rentenansprüche. Laut Rechtsprechung der Kammern, muss die Anhebung nach mehr als 10 Prozent Kaufkraftverlust erfolgen. Der Oberste Gerichtshof hatte bereits vor einigen Monaten das Indexierungsverbot für Renten aus dem Jahr 1995 für einige Staatsbeamten aufgehoben, denen die Verkoppelung von 85 Prozent des betreffenden Beamtengehaltes zugesagt wurden.

Die Renten bis tausend Pesos im Monat sind in den letzten Jahren mehrmals angehoben worden, insbesondere die Mindestrente auf 390 Pesos im Monat. Alle Rentner, die damals mehr als tausend Pesos bezogen, erhielten keinerlei Zulage, so dass sie als Nettoverlierer mit bedeutendem Kaufkraftverlust nach der Abwertung gelten.

Im Haushaltsgesetz für 2006 sind keine Rentenzulagen vorgesehen. Die Gerichtsurteile werden in jedem Einzelfall von der Ansesbehörde gelegentlich nachvollzogen, ohne dass alle anderen Rentner die gleichen Anhebungen erhalten. Hierfür muss ein Etatposten im Haushaltsgesetz vorgeschrieben werden.

Das verstösst wiederum gegen das Sonderkonto, auf dem alle Steuereinnahmen einzuzahlen sind, die mehr als die im Haushalt vorgesehenen Ausgaben betragen. Mehreinnahmen der Anses kraft höherer Löhne und Gehälter sowie sogenannter Weißwaschung ("blanqueo") schwarzer Löhne und Gehälter dürfen in der Folge nur für allgemeine Rentenanehebungen zwecksverwendet werden, wenn ein Etatposten vorliegt. Trotzdem haben Präsident Kirchner und Wirtschaftsministerin Felisa Miceli mögliche Rentenaufbesserungen nach dem ersten Quartal 2006 in Aussicht gestellt.

## AUSFLÜGE UND REISEN

## Calingasta-Tal - wo das himmlische Kind bläst

Eines der schönsten Täler Argentiniens, wie-wohl weniger bekannt als etwa das Valle Calchaquí oder die Quebrada de Humahuaca, ist jene grandiose Senke, die im Süden bei Uspallata (Mendoza) beginnend sich über Barreal und Calingasta bis La Flores und Rodeo (San Juan) zwischen der Vorkordillere und den Hochanden mehr als 250 Kilometer weit erstreckt.

Linker Hand, gegen Osten, tauchen sukzessive einige der höchsten Bergriesen Amerikas auf: der Aconcagua „höchstpersönlich“, dann die Mercedario-Gruppe, die Ansilta-Kette und endlich das Totorá- sowie das Tórtolas-Massiv. Rechts, im Westen, niedrigere, jedoch gleichfalls spektakuläre Bergzüge wie die Cordillera del Tontal und del Tigre. Just auf dem Tontal liegen unweit von Barreal drei der bedeutendsten astronomischen Observatorien Argentiniens - und zwar deshalb, weil es hier den klarsten Himmel gibt, den man sich vorstellen kann. Mit seinem 215-Zentimeter-Instrument besitzt das Casleo das größte Spiegelteleskop Argentiniens und kann vom Publikum täglich von 10 bis 12 Uhr besucht werden.

Barreal, etwa 2200 Meter hoch gelegen, ist eine liebliche Weinbauoase mit guten Unterkunftsöglichkeiten und sogar einem zünftigen deutschen Restaurant („El Alemán“), in dem man Schweinshaxen entweder zu Bier oder dem ausgezeichneten Lokalwein serviert bekommt.

Mehr noch als durch diese Vorzüge ist der Ort durch seinen Trockensee, der Barreal Blanco del Leoncito, bekannt geworden. Auf dieser etwa zwölf Kilometer langen Lehmebene wird nämlich seit mehr als drei Jahrzehnten ein interessanter Sport getrieben: Windkartrennen. Das sind kleine Fahrzeuge mit drei Gummireifen und (nach Segeljachtvorbild) einem Dreieckssegel, mit denen man mit mehr als 100 Stundenkilometern über die topfebene Naturpiste brettern kann; der hier aufgestellte Geschwindigkeitsweltrekord liegt bei 137 km/h. Wer Lust hat, kann einen solchen Windkart anmieten und mit einem Instrukteur



Windsurf und Windkarting im windigen Tal.

ebenfalls die Kraft des Windes auskosten.

Weiter nach Norden geht es an zahlreichen spektakulären Naturformationen vorbei, wie die Siete Colores oder El Alcázar, ebenso an mehreren stillgelegten Goldminen wie Hilario und Gualilán, bis ans nördliche Ende des Längstals mit vier dicht beieinander liegenden Dörfchen, die ebenfalls Weinbauoasen sind: Iglesia, Las Flores, Pismanta und Rodeo.

In Las Flores beginnt die Passstraße, die über den mehr als 4700 Meter hohen Aguas-Negras-Pass nach Coquimbo (Chile) führt. Kurz vor der Passquerung liegen jene Eisnadel-Felder, die im Volksmund Penitentes (Büßerschnee) genannt werden, weil ihre weißen Eiszacken wie Büßer bei einer Fronleichnamprozession aussehen.

Gleich neben Las Flores liegt Pismanta, eines der schönsten Naturbäder Argentiniens mit einem erstklassigen Hotel, dessen Swimmingpool von Thermalwasser gespeist wird ([http://www.hospedata.com/hotel\\_argentina/reservas.php?provincia=san\\_juan\\_argentina](http://www.hospedata.com/hotel_argentina/reservas.php?provincia=san_juan_argentina)).

Und dane-

ben schließlich liegt Rodeo, das sich bis zu jenem erst kürzlich geschaffenen Stausee Cuesta del Viento erstreckt, der sich (dank des auch hier ständig röhrenden Windes) zu einem der bevorzugten Windsurf-Paradiese der Welt entwickelt hat. Praktisch täglich weht eine steife Brise und ermöglicht den Windsurfern, ihre halsbrecherischen Pirouetten zu praktizieren.

**Flyer**  
**Lufthansa**  
**City Center**  
(Zona Norte)

Av. Fondo de la Legua 425  
(B1609JEE) San Isidro  
Tel.: (54 11) 4512-8100  
E-mail: [flyer@flyer.com.ar](mailto:flyer@flyer.com.ar)  
[www.flyer-de.de](http://www.flyer-de.de)

Marlú

## AUTO UND MOTOR

## Starkes Wachstum des Fahrzeugparks

Der argentinische Kraftfahrzeugmarkt erlebt derzeit einen gewaltigen Boom. Unter Strich wurden im Jahr 2005 rund 400.000 Personwagen und Nutzfahrzeuge neu zugelassen - mehr als tausend pro Kalendertag.

Letztere Zahl mag sich bescheiden ausnehmen, sei es im Vergleich mit anderen hochindustrialisierten Ländern wie den USA oder Deutschland, sei es für sich genommen.

Doch kaum betrachtet man die Angelegenheit von einem optischen Standpunkt, kommt einem zum Bewusstsein, was vierhunderttausend zusätzliche Autos auf den Straßen bedeuten: nimmt man an, dass ein normaler Personwagen etwa fünf Meter zwischen den Stoßstangen misst, dann ergibt sich, dass alle Fahrzeuge zusammen eine Blechschlange von rund 2000 Kilometern ergibt - so weit wie von Buenos Aires bis an die bolivianische Grenze bei La Quiaca.

Nur dass sich eben der Fahrzeugpark weder gleichmäßig auf das ganze Land verteilt, noch wie an einer Halskette säuberlich aneinandergereiht sind. Zum Großteil kommen die Neuzugelassenen in der Bundeshauptstadt und Groß-Buenos Aires in den Verkehr, dann hauptsächlich noch in den Ballungszentren Córdoba, Rosario, Mendoza und Tucumán.

Das Schlimme dabei: Die Straßen, auf denen die Autos rollen, wachsen oder verlängern sich nicht von alleine, sondern müssen neu gebaut werden. Und gerade hier hapert es bei den letzten Regierungen: Es wurden kaum neue Land- oder Zufahrtsstraßen gebaut, immer mehr Wagen müssen sich dieselben Rollbahnen, auch dieselben Parkplätze teilen. Eine Besserung ist nicht in Sicht, der Verkehrsstau wird allenthalben zunehmen.

Hinaus ins Grüne in ein Country ziehen? Ist auch keine Lösung für jene, die tagtäglich ins Zentrum ins Büro fahren müssen.

Natürlich wurde im Berichtszeitraum ein Teil des rollenden Wagenparks stillgelegt, doch das Wachstum ist unaufhaltsam. Immerhin hat Argentinien den Vorteil, dass viele Kraftwagen, vor allem neben Pkw auch Pick-ups und Laster, auf den Gütern im Landesinneren verteilt sind. In den Großstädten jedoch wird die zunehmende Verkehrsdichte zu einem ständig wachsenden Problem.

Schätzungsweise umfasst der Wagenpark Ende 2005 etwa 7,7 Millionen Einheiten. Zum Glück ist etwa ein Drittel auf dem Lande zugelassen und nimmt an dem aktiven Straßenverkehr nur gelegentlich teil. Aber der rollende Fahrzeugpark dürfte sich auf rund fünf Millionen Wagen belaufen, die hinwieder sehr stark in den Ballungszentren konzentriert sind.

Das argentinische Straßennetz erstreckt sich derzeit über rund 38.000 Kilometer Haupt- und Nebenstraßen sowie weiteren 192.000 Landwegen (caminos de chacra) sowie circa 1300 Kilometer staatlicher bzw. provinzieller Autobahnen (autopistas).

Da das Grundproblem die Konzentration des Wagenparks auf wenige Ballungszentren ist, denkt man schon daran, zweistöckige Fahrbahnen zu bauen, wie sie andernorts bereits seit langem gang und gäbe sind: Oben rollt der Schnellverkehr, unten der Ortsverkehr. Das wird gewaltige Investitionen erfordern, doch früher oder später in Angriff genommen werden müssen. Denn mittlerweile rollt vorerst weiterhin alle 80 Sekunden ein Wagen vom Band - Sonn- und Feiertage inbegriffen!

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,05.** Die Terminkurse betrugen zum 2.1. \$ 3,027, 31.1. \$ 3,052, 28.2. \$ 3,066, 31.3. \$ 3,081, 2.5. \$ 3,094, 31.5. \$ 3,105 und 30.6. \$ 3,120.

\*\*\*

**Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,8% auf 1.543,31,** der Burcapindex um 1,6% auf 4.601,48 und **der Börsenindex um 1,9% auf 68.822,65.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 3,3% auf \$ 2,309.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betrugen am 30.12.05 US\$ 27,95 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 47,55 Mrd.** Eine Woche zuvor waren es US\$ 27,52 Mrd. bzw. \$ 45,75 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 26,49 Mrd. bzw. \$ 42,98 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 19,52 Mrd. bzw. \$ 37,56 Mrd.

\*\*\*

**Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 26.12.05 149,6%.**

\*\*\*

**Der Bundesrichter von Resistencia, Provinz Chaco, Carlos Sidelsky, gab der Klage eines Angestellten statt, der jetzt ein Monatsgehalt von über \$ 2.200 bezieht und deshalb die Einkommenssteuer (Gewinnsteuer) zahlen muss, die vom Arbeitgeber einbehalten wird.** Der Richter befahl der Banco del Chaco, bei der der Kläger arbeitet, keine Steuereinbehalten durchzuführen. Gleichzeitig wurde der AFIP angeordnet, zu unterlassen, der Bank anzuordnen, dass sie diese Einbehalten vollzieht. Die Klage fusst auf dem Argument, dass die Gesetze, die die Berichtigung des steuerfreien Minimums unterlassen, die Verfassungsgarantien des Eigentumsrechts verletzen. Richter Sidelsky wies in seinem Urteil darauf hin, dass das Ausbleiben der Berichtigung des steuerfreien Minimums das Prinzip der steuerlichen Zahlungsfähigkeit verletze, da das Minimum, auf das keine Steuer erhoben wird, seit 2001 unverändert geblieben ist. Die AFIP wird Berufung einlegen, wobei der Oberste Gerichtshof schliesslich gegen dieses Urteil erster Instanz entscheiden dürfte. Denn der Fall ist nicht judizabel. Gewiss wird diese kalte Erhöhung der Steuerprogression als ungerecht empfunden; aber es handelt sich um eine Entscheidung, die der Regierung und dem Parlament, und nicht der Justiz, zusteht.

\*\*\*

**Die Zahl der Steuerpflichtigen bei der Gewinnsteuer ist seit der Abwertung um etwa 200.000 gestiegen, weil Lohn- und Gehaltserhöhungen gewährt wurden, während das steuerfreie Minimum unverändert geblieben ist.** In den meisten Fällen ist

der Betrag, der als Gewinnsteuer zu zahlen ist, gering, da der Satz für die erste Stufe 9% beträgt. Eine Anhebung des Minimums hätte somit geringe Kosten für den Fiskus. Logischerweise müssten dann auch die Stufen der Progressionsskala gestreckt werden. Allein, dieser Punkt, der den Mittelstand betrifft, steht nicht zur Diskussion. Eine Person mit einem typischen Mittelstandseinkommen zahlt gegenwärtig prozentual etwa doppelt so viel an Einkommenssteuer wie zur Zeit der Konvertibilität, als Folge der Erhöhung der Progression durch Minister Machinea (Jahr 2000) und der Inflation, die nach der Abwertung von Anfang 2002 eintrat.

\*\*\*

**Der Index über die Beanspruchung öffentlicher Dienste, den das statistische Amt (INDEC) monatlich bekanntgibt, weist für November 05 eine Zunahme von 12,8% gegenüber dem Vorjahr und von 0,6% gegenüber Oktober 05 aus.** Der Stromkonsum verzeichnet einer interanuelle Zunahme von 10,8% und der Gaskonsum von 8%. Der Eisenbahnfrachtdienst verzeichnet bei der Belgrano-Bahn einen interanuellen Rückgang von 21% und bei der Ferroexpreso Pampeano eine Zunahme von 16,8%. Die Zahl der Lastwagen, die konzessionierte Strassen befahren, nahm im Vorjahresvergleich um 35,2% zu. Die Zahl der Mobiltelefone nahm gegenüber dem Vorjahr um 68,2% (so dass jetzt 21 Mio. Zellularetelefone verwendet werden, fast drei Mal so viel wie feste Anschlüsse) zu und die Zahl der Gespräche um 42%. Die städtischen Eisenbahnen beförderten 2,9% mehr Passagiere als im Vorjahr und die U-Bahn um 1,2% mehr.

\*\*\*

**In 11 Monaten 2005 erreichten die Exporte u\$s 36,49 Mrd. (16% über dem Vorjahr) und die Importe u\$s 26,20 Mrd. (29% über dem Vorjahr), so dass sich ein Saldo von u\$s 10,29 Mrd. ergab, gegen u\$s 11,25 Mrd. in der gleichen Vorjahresperiode.** Im November wurde mengenmässig gleich viel ausgeführt wie im gleichen Vorjahresmonat, aber zu höheren Preisen, so dass sich ein Wertzuwachs von 6% ergibt. Die Importe waren hingegen im November um 23% höher als im November 2004, was sich durch eine Mengenerhöhung von 29% und eine Abnahme der Durchschnittspreise von 4% erklärt. Beim Export verzeichnen im November reine Industrieprodukte die höchste interanuelle Zunahme, was sich besonders auf Lieferungen von Lastwagen nach Brasilien, Venezuela, Mexiko und Chile bezieht. Auch wurden nahtlose Stahlrohre nach Saudi Arabien, Indonesien und Angola geliefert. Ebenfalls nahm der Rindfleischexport stark zu, bei höheren Preisen. Der Saldo der Handelsbilanz war im Einzelnen positiv, ausgenommen mit dem Mercosur und den ASEAN-Staaten. Die Einfuhren aus den Mercosur-Partnern nahmen im

November um 35% gegenüber dem Vorjahr zu, was besonders stark bei Gütern für die Weiterverarbeitung und Kapitalgütern zum Ausdruck kam. Für ganz 05 wird mit Exporten von rd. u\$s 40 Mrd. gerechnet, und für 06 mit u\$s 46 Mrd.

\*\*\*

**Der Staatssekretär für Aussenhandel und internationale Wirtschaftsbeziehungen (der vom Aussenministerium abhängt), Alfredo Chiaradía, erklärte, er werde den Konflikt wegen der Weizenmehlexporte nach Chile vor die WHO bringen, wenn sich Chile weiterhin weigere die mit Argentinien getroffene Vereinbarung zu erfüllen.** Chile erhebt auf Weizen einen Zusatzzoll von 17%, abgesehen vom normalen Zollsatz von 6% und der Anwendung eines Mechanismus von Bandbreiten, der WHO-widrig ist. In zwei Gelegenheiten hat die WHO in dieser Angelegenheit Argentinien recht gegeben. Im August 05 hatte Chile sich bereit erklärt, den Import von 10.000 t Weizen ohne Sonderzoll zu gestatten, was jedoch nachher nicht erfüllt wurde. Der Sonderzoll auf Weizenmehl war zunächst für ein Jahr eingeführt worden, wurde jedoch dann um ein weiteres Jahr verlängert.

\*\*\*

**Ein hoher Beamter des Wirtschaftsministeriums gab bekannt, dass für 06 keine Erhöhung der Tarife öffentlicher Dienste für Haushalte vorgesehen sei.**

\*\*\*

**Wie aus guter Quelle verlautet, soll der Index der Konsumentenpreise im Dezember eine Zunahme von 1,2% ausweisen, womit die Zunahme in 12 Monaten auf 12,2% zu stehen käme.**

\*\*\*

**Durch Beschluss des Wirtschaftsministeriums wurde der ZB angeordnet, die Schuld gegenüber dem IWF mit Reserven zu zahlen.** Für den entsprechenden Betrag erhält die ZB vom Schatzamt einen Dollarwechsel auf 10 Jahre zu 2% jährlich, ebenso viel wie die ZB bisher für ihre Reserven erhielt, die bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich deponiert waren.

\*\*\*

**Nachdem Rumänien die Absicht bekanntgab, argentinisches Rindfleisch zu kaufen, sind es 05 schon 90 Staaten, in die dieses Produkt exportiert wird.**

\*\*\*

**ZB-Präsident Martín Redrado gab das Ziel bekannt, dass die Zahlungsmittel (definiert als M2, d.h. Banknotenumlauf plus Sichtdepositen) 06 zwischen 11,7% und 21,2% zunehmen werden, nachdem sie 03 um 36%, 04 um 33% und 05 um 24% zugenommen haben.**

\*\*\*

**Das Unterstaatssekretariat für Zivilluftfahrt berichtet, dass in den letzten 2 Jahren 11 Luftfahrtgesellschaften ihre Dienste mit Argentinien aufgenommen oder wieder aufgenommen haben: Aerolineas del**

Sur; Air Canada; Air Euro América; Air Madrid; Continental Airlines; Copa Airlines; Delta Airlines; Gol, LAN (LAN Ecuador und LAN Perú), Lufthansa Cargo und Mexicana.

\*\*\*

**Ende 02 hatten die Banken grosse Bestände von Staatspapieren.**

Unter Wirtschaftsminister Cavallo wurden sie veranlasst, grosse Beträge in denselben zu zeichnen, zu denen dann Milliarden in Boden Bonds für die asymmetrische Pesifizierung kamen. 05 wurden mehrere Massnahmen dagegen getroffen und 06 werden nur mehr 11 Banken, darunter allerdings mehrere öffentliche und auch grosse Privatbanken, mehr als 40% ihrer Aktiven in Staatspapieren halten. Das ist der grösste Prozentsatz, den die ZB gestattet. Viele von ihnen erwarten, dass der Marktwert der Papiere den Nennwert erreicht, um sie ohne Bilanzverluste abtosten zu können. Sollten sie allerdings im Januar 06 noch über 40% Staatspapiere halten, müssen sie ihr Kapital aufstocken oder Bussen zahlen.

\*\*\*

**Pertrak, die ehemalige argentinische Lizenzträgerin der britischen Perkins, wird die Motoren, die sie seit 1949 in Cordoba fertigt und unter der Marke Perkins vertreibt, unter ihrem eigenen Namen verkaufen.** 04 forderte Perkins Engines die Änderung des Firmennamens, doch Pertrak wurde Lieferant von Perkins. Im Oktober 04 erhielt sie einen Liefervertrag über 65.000 Kurbelwellen in 3 Jahren, der um 2 Jahre und bis auf 125.000 erweitert werden kann. Die Lieferung im 1. Jahr beträgt US\$ 2,8 Mio. Mit einem weiteren Vertrag wird Pertrak der britischen Perkins 12.000 Motorblocks in 3 Jahren, ebenfalls mit möglicher Verlängerung, liefern. Dieser Vertrag ist im 1. Jahr für US\$ 2,2 Mio.

\*\*\*

**Landesweite Kontrollen durch das Arbeitsministerium haben zum 30.11.05 28% Schwarzarbeit ermittelte.** Dem stehen die vom Statistikamt Indec festgestellten 47% gegenüber. Nach Branchen haben laut dem Arbeitsministerium Ackerbau, Viehzucht und Forstwirtschaft mit 41% die meisten Schwarzarbeiter, vor Restaurants und Kfz mit je 35%. Die wenigsten Strom- und Wasserversorgung mit je 5%. Maschinen- und Anlagenbau 8% und Fischerei 13%. Nach Provinzen hat Neuquén mit 76% die meisten Schwarzarbeiter, vor Formosa 66% und Rio Negro 58%. In Feuerland konnte das Arbeitsministerium keine Schwarzarbeit feststellen, in La Pampa und Chubut je 8% und in Santa Cruz 11%.

\*\*\*

**Der Weihnachtsabsatz ist im Vorjahresvergleich um 13,7% gestiegen, besonders durch Schuhwerk und Bekleidung, wie die Kammer der mittelständischen Unternehmen (CAME) mitgeteilt hat.** Das bessere Einkommen gewisser Bevölkerungsschichten und die Kredite sollen die Zunahme verursacht haben, die in Pe-

son 46,2% beträgt. Geschäfte, die bis zu 12 Raten anboten, haben die grössten Absatznahmen verzeichnet. Bekleidung nahm um 21% zu, Schuhwerk um 16%.

\*\*\*

**Der Verbraucherschutzverband Adecua hat Preise elektrischer Haushaltsgeräte mit ihren Vorjahrespreisen verglichen und Durchschnittszunahmen von 25% festgestellt.** Ein Kühlschrank, der im Mai 04 \$ 751 kostete, kostete im September 05 \$ 1.179, eine gleiche Waschmaschine im gleichen Zeitraum \$ 849 bzw. \$ 1.029. Die grossen Verkaufsketten bestätigen, dass durch das geringere Angebot brasilianische und argentinische Geräte im Durchschnitt 20% bis 30% zugelegt haben. Preisrückgänge wurden bei technischen Neuheiten wie DVD-Spielern, bis zu 30%, und Flachbildschirm-Fernsehempfängern sowie bei Klimaanlage, hier um 20%, festgestellt.

\*\*\*

**Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt vom 23.12.05 wurde die Direktunterbringung von Boden 2012 Bonds für US\$ 270 Mio. gestattet. Das Schatzamt hat dafür US\$ 210 Mio. erhalten.** Damit hat Venezuela bis jetzt argentinische Bonds für US\$ 1,56 Mrd. Nennwert gekauft. Da die Bonds zum Marktwert gehandelt wurden, wird der tatsächliche Erlös mit US\$ 1,4 Mrd. angenommen. Venezuelas Regierung hat davon Bonds für rd. US\$ 400 Mio. an Banken weiterverkauft und durch Marktwertschwankungen rd. US\$ 40 Mio. verdient. Argentinien zahlt für die Bonds einen Jahreszinssatz von 8,3%. Das ist viel mehr, als der IWF für die Schulden forderte.

\*\*\*

**Solvay Indupa, die argentinische Niederlassung der belgischen Solvay, wird ihre PVC-Fertigung 06 um 50.000 Jato steigern.** Damit kann zusätzlich für US\$ 40 Mio. ausgeführt werden. Die Erweiterung ist Teil der Integration des Werkes in Bahía Blanca mit dem in Santo André, Brasilien. Bis 05 hatte das Werk in Brasilien eine Versorgungsknappheit von 50.000 Jato Rohstoff für die PVC-Herstellung, die aus Argentinien eingeführt wurden. Die Erweiterungen in Bahía Blanca erhöhen die Produktion von 160.000 Jato auf 210.000 Jato Polivinylchlorid.

\*\*\*

**Vor Weihnachten hat der Gouverneur der Provinz Buenos Aires die Gehälter und Repräsentationskosten des Führungspersonals der Provinzverwaltung um 11%, rückwirkend ab Dezember, erhöht.** Die Erhöhung gilt für das Personal bis zu den Unterverwaltungsebenen, die von den 3 Erhöhungen für das Provinzpersonal nicht erreicht wurden, auch für Provinzfunktionäre wie Staatsanwälte, des Schatzamtes, Rechnungshofes und Regierungsberater. Damit erhält ein Unterstaatssekretär der Provinz \$ 525 Erhöhung. Sein Grundgehalt beträgt jetzt \$ 2.387, ebensoviel Repräsentationskosten, also insgesamt \$ 4.774 im Monat.

\*\*\*

**Die von Unternehmen bei der sozialen Sicherheit erklärten Entlohnungen haben vom 3. Quartal 04/05 durchschnittlich um 16% zugenommen.** Abzüglich der Teuerung von 9,85% seien das 5,6% real. Die Zahl der eingetragenen Arbeitsplätze hat im letzten Jahr um 11,2% bzw. 547.000, zugenommen, davon im Baugewerbe um 37,6%. Starke Zunahmen verzeichneten auch Dienstleistungen und Industrie. Insgesamt gab es im 3. Quartal 05 5,43 Mio. eingetragene Arbeitskräfte, wie einem Bericht des Amtes für Öffentliche Einnahmen (AFIP) zu entnehmen ist. Die Einnahmen der Sozialversicherungen nahmen im Vorjahresvergleich um 26,1% zu.

\*\*\*

**Die Regierung will dem Diebstahl von Kupferkabeln, -plaketten und -denkmälern, der im Vorjahr durch die internationale Kupferpreiserhöhung ausgelöst wurde, Einhalt gebieten.** Deshalb wird ein Register der Metallexporteur geschaffen und die Verschiebung der Zahlungen von Ausfuhrsteuern auf Abfallmaterial aufgehoben. Ausserdem fordert das Mariasystem der Zollverwaltung von Exporteuren dieser Ware die Eintragung in ein Industrieregister, widrigenfalls sie sie nicht weiter ausführen dürfen.

\*\*\*

**Der 35jährige Wirtschaftsfachmann Martín Lousteau ist der neue Präsident der Provinzbank von Buenos Aires (Bapro).** Die Bank hatte seit Juli, als Präsident Sarghini zurücktrat um duhaldistischer Abgeordneterkandidat zu werden, keinen Präsidenten. Gouverneur Solá wollte Gustavo Lopetegui ernennen, doch der Provinzsenat stimmte nicht zu.

\*\*\*

**Die ZB hat die Bankfeiertage 06 veröffentlicht:** 13.4., Gründonnerstag, 14.4., Karfreitag, 1.5. Tag der Arbeit, 25.5. Antritt der 1. argentinischen Regierung, 19.6. (statt des 20.6.) Todestag General Belgranos, 21.8. (statt des 17.8.) Todestag General San Martins, 16.10 (statt des 12.10.) Tag der Rasse, 8.12. Mariä Empfängnis und 25.12. Weihnachten.

\*\*\*

**Kabinettschef Fernández bestätigte das Vorhaben der Regierung, den Kampf gegen die Teuerung mit einem erweiterten Preisabkommen zu bekämpfen, dessen Beträge für den Rest des Jahres eingefroren werden.** Ab dem 1.2.06 werde es keine Erneuerung der Abkommen geben, durch die die Preise von 223 Produkten um 15% herabgesetzt wurden, sondern die Preiseinfrierung eines erweiterten Warenkorbes von 500 Produkten durch ganz 06.

\*\*\*

**In den ersten 9 Monaten 05 wurden 359 Gesamtarbeitsverträge für 1,65 Mio. Arbeitnehmer unterschrieben.** Das sind 40% der gemeldeten Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Mit den im 4. Quartal unterzeichneten, hat mehr als die Hälfte aller Lohn- und Gehaltsempfänger neue Arbeitsbedingungen. Bis Jahresende

## Steuerreform der Provinz Buenos Aires

Das Abgeordnetenhaus der Provinz Buenos Aires hat die Änderungen der Steuervorschriften als Gesetz verabschiedet, die die Steuerbehörde ermächtigt, ohne vorherige Rechtsschritte Pfändungen durchzuführen und Kfz zu beschlagnahmen. Auch wurde die Steuergesetzgebung geändert, um die Immobiliensteuer auf landwirtschaftlichen Grundbesitz um bis zu 120% zu erhöhen.

Zu dieser Steuererhöhung hob ein Mitarbeiter des Provinzsekretärs für öffentliche Einnahmen, S. Montoya, hervor, dass den erhöhten Steuern sehr niedrige Fiskalbewertungen zugrunde liegen, die sich weit unter den Marktwerten befinden. So habe ein 50 ha grosses Grundstück in Junin eine Fiskalbewertung von \$ 53.000, während sein Marktwert \$ 200.000 betrage. Im Jahr 2005 habe der Besitzer so einer Länderei \$ 541 im Monat Steuer bezahlt, mit der Erhöhung werde er 2006 \$ 1.192 im Monat bezahlen müssen.

Insgesamt habe die Provinz im abgelaufenen Jahr \$ 3,01 Mrd. an Immobiliensteuern auf 28 Mio. ertragreiche ha eingenommen. Das waren für die Landwirte monatlich \$ 11 pro ha, die durch die Erhöhung im Durchschnitt auf \$ 21 pro ha zunehmen werden.

Die neue Steuergesetzgebung teilt die Provinz in mehrere Gebiete ein und nur in zwei von ihnen, mit 28 der insgesamt 134 Gemeindebezirke, betrage die Steuererhöhung 120%, wie R. Rivara, Landwirtschaftsminister der Provinz, erklärte. Die typischen Maisanbaugebiete werden 90% Steuererhöhung haben, das Zentralgebiet 60%, die des Saladobeckens 40% und ein Südwestgebiet 0%.

Die gesetzgebende Körperschaft der Provinz hat der Steuerbehörde derselben auch das Recht eingeräumt, Pfändungen vor Beginn eines Rechtsschrittes durchzuführen. Sie können innerhalb von 60 Tagen durchgeführt werden. Anschliessend muss das zuständige Gericht benachrichtigt werden. Bei Anzahlungen durch den sämigen Steuerpflichtigen kann die Pfändung ohne Frist aufrecht erhalten werden, bis 50% der Steuerschuld beglichen sind.

Auch wurde die Steuerbehörde ermächtigt, Kfz anzuhalten um die Zahlung der Zulassungsgebühren zu kontrollieren und das Fahrzeug sicherstellen, wenn sein Wert \$ 35.000 und die Schuld 10% seines Wertes übersteigt. Bei Fahrzeugen die Waren befördern, können die Steuerinspektoren den Beistand der Polizei in Anspruch nehmen, um dieselben zu beschlagnahmen, wenn Verdacht der Steuerhinterziehung besteht.

Syndizies, Konkursverwalter, Vertreter in Auflösung befindlicher Gesellschaften, Rechtsverwalter von Hinterlassenschaften, wenn nicht vorhanden der überlebende Ehepartner und die Erben, sind nach dem neuen Gesetz für Steuerschulden solidarisch mitverantwortlich. Auch ist die Steuerbehörde ermächtigt, den zuständigen Wohnsitz Steuerpflichtiger festzusetzen und zu vereinheitlichen, auf der Grundlage des Standortes innerhalb der Provinz, in dem sie ihre Wirtschaftstätigkeit abwickeln. Auch wird der elektronische Wohnsitz geschaffen.

Beamten der Provinz oder Gemeinden, die in Ausübung ihrer Pflicht Unregelmässigkeiten feststellen, sind verpflichtet, dieselben anzuzeigen, widrigenfalls sie persönlich für die Zahlung der Steuerschuld haften. Dasselbe gilt für Notare, Landesvermesser, sowie Verantwortliche der Kfz-, Pfand- und Wasserfahrzeugsregister. Auch werden Reisebüros, Immobilien- und Transportunternehmen, Versicherungsgesellschaften und Finanzanstalten verpflichtet, Steuern einzubehalten und Informationen abzugeben. Die Strafen für Nichterfüllungen der Informationspflicht, Verzugszinsen und die Mindestbeträge für Geschäftsschliessungen werden durchwegs erhöht.

05 wurden 450 neue Kollektivverträge unterzeichnet und vom Arbeitsministerium bestätigt. 68% der neuen Verträge wurden mit den Unternehmen, 32% mit den Branchen abgeschlossen. 83% schlossen Gehaltserhöhungen ein. Bei einigen Kollektivverträgen gab es ausser Lohnerhöhungen auch Änderungen der Arbeitsbedingungen, wie bei Kunststoffen, Zellulose und Papier, Schleifmitteln und Pflanzenölen.

\*\*\*

**05 schliesst mit bedeutenden Steuereinnahmen ab.** Mit \$ 118 Mrd. sind sie um 20% grösser als im Vor-

jahr. Dem Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) zufolge ist die Erhöhung auf die grössere Wirtschaftstätigkeit, die Teuerung, und die bessere Eintreibung zurückzuführen. Im Dezember haben die Steuereinnahmen im Vorjahresvergleich sogar um 33% zugenommen und betragen \$ 10,65 Mrd.

\*\*\*

**Die Regierung von Santa Cruz, der Heimatprovinz Präsident Kirchners, will mit der Firma Impsa (Industrias Metalúrgicas Pescarmona SA), Provinz Mendoza, in Santa Cruz eine Fabrik für Windkraftan-**

**lagen errichten.** Von Impsa hergestellte Windkraftgeneratoren liefern in Santa Cruz bereits Strom. Impsa, die weltweit mit Wasserkraftanlagen konkurriert, würde US\$ 100 Mio. investieren, der Staat und die Provinz den nicht genannten Restbetrag.

\*\*\*

**Im kommenden Halbjahr wird die Tarantogruppe über US\$ 1 Mio. in die Erweiterung ihrer Fabrik in Villa Elisa, Provinz Buenos Aires, investieren.** Vor 4 Jahren lief dort die Herstellung von Kfz-Kupplungen an. Mit der Investition, die einer bereits durchgeführten von \$ 3 Mio. folgt, wird das Werk über eine lückenlose Hitzebehandlung verfügen, eine Mechanisierung der Giessereivorgänge und einer automatischen Stanzeinrichtung mit bis zu 1.200 t Schlagkraft. 06 wird der Ausstoss damit von 5.000 Platten und Scheiben auf 7.500 zunehmen.

\*\*\*

**Das Molkereunternehmen La Sibila von F. Bognione hat die Erweiterung der 02 von der schweizerischen Nestlé erworbenen Verarbeitungsanlage in Nogoyá, Provinz Entre Rios, in Betrieb genommen.** Sie ist die einzige Trockenmilcherzeugung in diesem Milchproduktionsgebiet und kann jetzt um 70% mehr, 1,2 Mio. Liter pro Tag, verarbeiten.

\*\*\*

**Das Stahlunternehmen Acindar hat die Firma Acindar PyMes SGR für gegenseitige Kreditgarantiestellungen ins Leben gerufen.** Diese Unternehmen erleichtern kleinen und mittelständischen Unternehmen (PyMes) den Zugang zu Krediten, indem gemeinsam Garantien übernommen werden.

\*\*\*

**Die ZB hat neue Angaben über die Verschuldung der argentinischen Privatwirtschaft veröffentlicht.** Die gesamte private Aussen-schuld hat zum 30.6.05 US\$ 51,88 Mrd. betragen, gegen US\$ 51,96 Mrd. am 30.3.05. Davon waren 90%, US\$ 46,57 Mrd., Schulden der Privatwirtschaft ohne Finanzanstalten (SPNF) und US\$ 5,31 Mrd. Auslandsschulden der Privatbanken (SPF). Die Schulden des SPNF nahmen im Vergleichsqua-

rum um US\$ 637 Mio. zu, die des SPF um US\$ 721 Mio. ab.

\*\*\*

**Die saisonbedingt geringere Liquidität am Platz hat die letzte Lebacauschreibung des Jahres belastet.** Obwohl nur Wechsel für \$ 608 Mio. zu erneuern waren (in den ersten 4 Januarwochen werden es rd. \$ 1,5 Mrd. pro Woche sein), wurden der ZB nur \$ 552 Mio. angeboten, von denen sie mit geringen Zinsverringerungen \$ 447 Mio. annahm. Lebac zum Nennwert auf 49 Tage zahlten 6,76% Jahreszins gegen 6,77% beim letzten Mal, auf 63 Tage statt 6,93%, 6,90%. Für alle anderen Fristen gab es keine Angebote. Nobac in Pesos mit Badlar-Indexierung der Privatbanken zahlten 5,33% über Badlar und mit Badlar-Indexierung des allgemeinen Durchschnitts 6,26% über denselben.

\*\*\*

**Die Patagonia Bank hat 4,6 Mio. Aktien Klasse B mit einer Stimme pro Aktie der Química Estrella für \$ 2,8 Mio. gekauft, wie an der Börse bekannt wurde.** Das sind rd. 6,53% der Firma, die u.a. Gallo Reis, Yerba Cruz de Malta, Arlistan Kaffee, Toddy und Estrella-Watte führt. Sie kommen zu den rd. 7%, die die Bank durch die Übernahme der Sudamerisbank besitzt. Am 14.12.05 hat Química Estrella jedoch eine Kapitalaufstockung von bis zu 43,6 Mio. Aktien mit \$ 1 Nennwert angemeldet, um ihre Aktienauflage von 70,5 Mio. auf 114 Mio. zu erhöhen. Als Gläubiger hatte die Patagoniabank sich in einem aussergerichtlichen Abkommen verpflichtet, Aktien für \$ 9,1 Mio. zu zeichnen, Credit Suisse First Boston Qesa Ped für \$ 8,5 Mio. und Kirkman Ventures Limited für \$ 10,3 Mio. Vor der Kapitalerhöhung hielt der Grupo Empresarial de Alimentos Europeos 33,9% von Química Estrella, Credit Suisse First Boston Qesa EMA 19,8% und Daniel van Lierde 10%.

\*\*\*

**Präsident Kirchner kündigte Infrastrukturarbeiten für die Eisenbahnstrecke Rio Turbio-Punta Loyola für über \$ 100 Mio. an.** Damit sollen Instandhaltungsarbeiten an Schienen u.a. der 280 km langen Strecke durchgeführt werden, um das Kohlevorkommen von Rio Turbio zu betreiben und Hafenanlagen in Punta Loyola und Rio Gallegos betriebsfähig zu machen. Bei der Ausschreibung hatte die vorübergehende BGB-Firmengruppe aus Benito Roggio e Hijos SA und Esuco SA den Zuschlag erhalten.

\*\*\*

**Die Onabe (Organismo Nacional de Administración de Bienes del Estado) hat die Gemeindebezirke im Süden der Provinz Mendoza und Gemeinden der Provinzen La Pampa und San Luis ermächtigt, die Eisenbahnstrecke von Chamaicó, in La Pampa, nach Bowen-Alvear Oeste, Mendoza, zu übernehmen.** Auch die Gemeindeverwaltungen von Rancul und Realicó, La Pampa, und Unión, San Luis, werden bei der Inbetriebsetzung einer Strecke unterstützt,

die bis Bowen führt und die erste Frachtverbindung zu Atlantikhäfen wäre.

\*\*\*

**Wirtschaftsministerin Miceli erklärte sich bei ihrer ersten Besprechung mit Vertretern des Gewerkschaftsbundes CGT bereit, die Herabsetzung der Gewinnsteuerpflicht für Gehaltsempfänger der geringeren steuerpflichtigen Einkommen zu prüfen.** Der Steuersatz von 9% bis 35% soll für niedrige Einkommen gesenkt, für höhere erhöht werden.

\*\*\*

**Die Weihnachtsumsätze der Shoppings legten landesweit im Durchschnitt und Vorjahresvergleich um 27% bis 30% zu, wie die Kammer der Shopping Center bekannt gab.** Am meisten legten elektrische Haushaltsgeräte zu, besonders weil Ratenkäufe mit Kreditkarten ermöglicht wurden. Bekleidung legte rd. 25%, etwas weniger als der Durchschnitt, zu.

\*\*\*

**Die Firma Edival, Rafaela, Provinz Santa Fe, hat mit dem deutschen Stammhaus der DaimlerChrysler einen Liefervertrag bis 2010 über Ventile für den Dieselmotor BR 900 für Nfz und Lkw, für US\$ 22 Mio. abgeschlossen.** Es ist eine Verlängerung des Vertrages bis 2008, den beide Unternehmen im Vorjahr unterzeichneten. Edival hat einen weiteren Vertrag mit der schwedischen Volvo Powertrain auf 5 Jahre über US\$ 20,4 Mio.

\*\*\*

**Das Baugewerbe hat im November im Vorjahresvergleich um 22,3% und im Vormonatsvergleich um 0,3% zugelegt.** Wie das Statistikamt Indec weiter bekanntgab stieg damit der Isac (Indicador Sintético de la Actividad de la Construcción) Index der Bautätigkeit in 11 Monaten 05 um 13,9% mit guten Wachstumsaussichten für 06. 04 hatte die Bautätigkeit um knapp 20% auf den Stand von 1999 zugenommen und war einer der wichtigsten Schöpfer von Arbeitsplätzen.

\*\*\*

**Das Stahlunternehmen Acindar gab ein Investitionsprogramm von US\$ 140 Mio. bekannt.** Damit soll die Kapazität erweitert und modernisiert werden. Im 1. Quartal 07 soll sie um 350.000 Jato auf 1,65-1,70 Mrd. zugenommen haben.

\*\*\*

**Die Telefonarbeiter der Gewerkschaft Foetra Buenos Aires haben in**

**einer Generalversammlung die von den Firmen Telecom und Telefónica de Argentina angebotenen Gehaltserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen angenommen.** Die Entlohnungen werden bei einer geringeren Arbeitszeit um 35% angehoben.

\*\*\*

**Ab dem 1.1.06 wird die Gültigkeit der Nahrungsmitteltickets um ein Jahr verlängert.** Sie wurden 01 durch Dekret Nr. 815 geschaffen und können Steuer- und Abgabenfrei für Gehaltsempfänger von bis zu \$ 1.500 im Monat, bis zu \$ 150 im Monat, gegeben werden. Etwa 200.000 Arbeiter erhalten diese Tickets als Gehaltsanteil. Sie sollen für \$ 20 Mio. im Monat, im Durchschnitt \$ 100 pro Arbeitnehmer, ausgegeben werden.

\*\*\*

**Der Nahrungsmittelkonzern Arcor hat seine letzte Grossakquisition abgeschlossen.** Nachdem er 04 das Keksgeschäft mit der französischen Danone fusioniert hatte, hat er jetzt von der Familie Benvenuto die gleichnamige Firma mit den Marken La Campagnola, Nereida, BC, Salsati, Poncho Negro, La Vendimia und La Cuyana für rd. US\$ 40 Mio. übernommen. Damit steigt er auch in das Fischkonservengeschäft ein, so wie er 05 auch in das Eiscreme-geschäft eingestiegen ist. 2 der Benvenutofabriken, eine in Rio Grande do Sul, Brasilien, und eine in Mar del Plata, verarbeiten Hochseefische. Die in San Martin, Provinz Mendoza, erzeugt Tomaten-, Gemüse-, Sossen- und Obstkonserven. Die 4. Fabrik in Choele Choele, Provinz Rio Negro, verarbeitet Tomaten für Konserven, Saft, Püree und Paste. Ausserdem besitzt die Firma verschiedenen Gemüseanbau und Vertriebszentralen. Damit hat Arcor jetzt 39 Fabriken in Argentinien, Chile, Brasilien und Peru, mit 20.000 Mitarbeitern, 2.000 davon von La Campagnola. Die Gesamtproduktionskapazität der Firma nimmt auf 2.200 t/Tag zu.

\*\*\*

**In den ersten 11 Monaten 05 wurden in Buenos Aires Stadt 63.503 Grundbucheintragungen durchgeführt, um 18,23% mehr als vor einem Jahr.** Wie das Notariatskollegium weiter mitteilt, war das die grösste Zahl seit 1998 und um 13,7% mehr als 1999. Der Gesamtbetrag von \$ 8,61 Mrd. war um 46,2% grösser als vor einem Jahr. Diese Zunahme ist auf die Preiszunahmen der Immobilien zurückzuführen, aber auch auf den grossen Anteil von Neuwohnungen, die

## PERSONALNACHRICHTEN

### Todesfälle

Franz Kiechle, 87, am 29.12.

### Geburtstage im Altersheim „Los Pinos“ im Januar

Tippmer Mariane, 93, am 2. Risse Käthe, 95, am 6. Croissant Erika, 83, am 9. Kowatsch Pedro, 69, am 9. Johanness Gertrud, 96, am 11. Le Comte Nelly, 93, am 16. Schlaack Cristel, 80, am 20. Fierz Lily, 87, am 24. Neumann Johanna, 86, am 25. Drechsel Regina, 95, am 30. Haas Sofia, 97, am 31.

CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones  
(5411)4703-5509  
www.multimedia.com.ar

naturgemäss teurer als gebrauchte sind. Der Beraterfirma CDI zufolge hatte der Marktwert in Dollar von Gebrauchtwohnungen in Buenos Aires Stadt im Oktober durchschnittlich um 11% zugenommen, Neuwohnungen in Hochhäusern in Villa Urquiza oder Caballito um 15% bis 20% und in Stadtgebieten wie Puerto Madero, Barrio Norte oder Palermo um 30% bis 40%.

\*\*\*

**Der Mangel an Niederschlägen fügt landwirtschaftlichen Gebieten schwere Schäden zu.** Vereinzelt, geringe Regenfälle brachten im Westen der Provinz Buenos Aires einige Erleichterung, aber für die meisten Aussaaten fehlt Wasser. Wenn es in den nächsten Tagen nicht zu ausreichenden Niederschlägen kommt, könnte die Gesamternte 2005/6 auf 71 Mio. t zurückgehen, gegen 85,5 Mio. t der vorhergehenden, wie P. Adreani von der Beraterfirma PAC befürchtet.

\*\*\*

**Planungsminister De Vido war bei der Einweihung der Hochspannungsleitung von Choele Choele bis Puerto Madryn anwesend.** Die 350 km lange Leitung gehört dem Stromtransportunternehmen Transener. Sie wurde von Intersar, der argentinischen

Electro Ingenieria SA Gruppe, ab April 04 gelegt. Der argentinische Staat zahlte 69% der insgesamt \$ 280 Mio. für sie, der Restbetrag wurde zu gleichen Teilen vom Aluminiumwerk Aluar und dem Wasserkraftwerk Futaleufú übernommen. Sie wird die Stromversorgung Patagoniens kostengünstiger gestalten.

\*\*\*

**Bei der Zahlung der US\$ 9,81 Mrd. an den IWF werden auch US\$ 220 Mio. verwendet, die die Regierung für den Rückkauf von Bonds hielt, um Gläubiger zu begünstigen, die der Bondsumschuldung zugestimmt hatten.** Bei der Umschuldung wurde die Verpflichtung eingegangen, die Mittel für die Gläubiger, die derselben nicht zugestimmt hatten, für Rückkäufe einzusetzen. Im November erfolgte eine Ausschreibung und der Kauf von Bonds für US\$ 98 Mio. Die US\$ 220 Mio. waren für denselben Zweck einzusetzen.

\*\*\*

**In den ersten 10 Monaten 05 wurde um 32% mehr Wein ausgeführt als im gleichen Vorjahreszeitraum, wie das Nationale Winzerinstitut (INV) bekanntgab.** Im Oktober betrug der Deviseneingang für Weine

und Traubenmost US\$ 39,5 Mio., um 27,42% mehr als im Oktober 04.

\*\*\*

**1998 haben die knapp über 30 Erdölgesellschaften, die die Förderung der privatisierten YPF übernahmen, 49,15 Mio. cbm Öl gefördert.** 05 hat die Gesamtförderung 38,5 Mio. cbm betragen. Grosse Sorge bereitet, dass das nicht auf ungenügende Erschliessungsarbeiten zurückzuführen ist. 04 wurden 1.430 Versuchsbohrungen durchgeführt, ungefähr so viele wie 05.

\*\*\*

**Im September/Oktober 05 wurden 91 Unternehmen mit Bussen von insgesamt \$ 600.000 belegt.** Wie das Staatssekretariat für Verbraucherschutz erklärte, wurden die Strafen wegen ungenügenden Einkünften und Nichterfüllung von Verpflichtungen verhängt. Die grösste Strafe, \$ 180.000, erhielt die private Krankenkasse Swiss Medical Group. Die grösste Zahl der Strafen erhielten Kreditkartenausgeber, insgesamt 43, von \$ 800 bis \$ 20.000, vor 8 privaten Krankenkassen und 6 Fernsprechunternehmern.

\*\*\*

**Im November verkauften die Supermärkte um 9,1% mehr als vor**

**einem Jahr und um 0,9% mehr als im Vormonat.** Shoppings verkauften um 18,8% mehr als im Vorjahresnovember und um 4,3% mehr als im Oktober. Im Vorjahresvergleich der ersten 11 Monate stiegen die Umsätze der Supermärkte um 14,7% und der Shoppings um 28,5%. Nach Berücksichtigung der Preiszunahmen (in den Supermärkten im November um 3,26% gegenüber Oktober) ging der Absatz der Supermärkte im Vormonatsvergleich um 5,5% und der Shoppings um 5,1% zurück.

\*\*\*

**Der Verkauf elektrischer und elektronischer Haushaltsgeräte hat im 3. Quartal im Vorjahresvergleich um 44% auf \$ 1,03 Mrd. zugenommen.** Das waren um 8,1% mehr als im 2. Quartal 05 und um 47,2% mehr als im 3. Quartal 04. Die grössten Zunahmen, 65,6%, wurden bei Fernsehempfängern, Bildbandgeräten, DVD und Filmkameras verzeichnet, vor Computern und Informatikgeräten 63,2%, Wasch-, Trocken- und Geschirrspülmaschinen 46,2% und Kühlschränken und Tiefkühltruhen 45,4%. Die Verkaufszahlen der ersten 9 Monate 05 lagen um 51,4% über jenen des Vorjahres.

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Inflationsbekämpfung durch Einkommenspolitik

Präsident Kirchner macht sich echte Sorgen über die Inflation, die in den letzten Monaten in Schwung geraten ist. Nach einer Zunahme des Indices der Konsumentenpreise, der die Inflation am besten zum Ausdruck bringt, von 3% 2003, 6% 2004 und 12% 2005 wird mit recht befürchtet, dass die geometrische Progression weitergeht und 2006 mit 24% endet. Nachdem die Rezession vorüber ist, das BIP pro Kopf der Bevölkerung ungefähr den Stand von Mitte 1998 wieder erreicht hat und die Arbeitslosigkeit bei etwa 10% liegt (weniger als die Hälfte von 2002), wobei zunehmende Knappheit von Facharbeitern besteht, treten jetzt die traditionellen Inflationsfaktoren stärker auf. Die Rezession hatte als natürliche Bremse für Preis- und Lohnerhöhungen gewirkt. Das ist jetzt vorbei.

Die orthodoxe Lösung für das Inflationsproblem besteht in einer restriktiven monetären Politik, d.h. einer starken Begrenzung der Geldexpansion oder, im Extremfall, einer Verringerung derselben. Dabei spielt es kaum eine Rolle ob man Geld als Banknoten definiert (in der Geldtheorie als M0 bezeichnet), oder die Sichtdepositen hinzuzählt (M1), oder auch Spar- und

Fristdepositen (M2) addiert, wie es in Deutschland bei der Geldpolitik der Bundesbank der Fall ist, oder auch andere Aggregate berücksichtigt (M3). Diese Politik bremst die Inflation, aber auf Kosten einer Rezession, die umso stärker ist, je mehr autonome Preis- und Lohnerhöhungen stattfinden. Im Extremfall handelt es sich um eine Rosskur.

Es ist begreiflich, dass Präsident Kirchner den Schwung, den die Konjunktur gegenwärtig hat, beibehalten will und sich daher energisch gegen eine orthodoxe monetäre Politik sträubt. Allein, wenn dabei die Inflation ausufert, kommt es auf andere Weise zu einer Rezession, die womöglich noch schlimmer ist. Deshalb greift die Regierung jetzt zu einer Einkommenspolitik, die sich angeblich an einem französischen Vorbild inspiriert, das jedoch nicht genauer erklärt wurde.

Konkret handelt es sich um Abkommen mit Unternehmen oder Verbänden, durch die diese sich verpflichten, die Preise für bestimmte Produkte einzufrieren oder gar zu senken. Dabei handelt es sich um Produkte, die besonderen Einfluss auf den Warenkorb haben, der dem Index der Konsu-

umentenpreise zu Grunde liegt. Auch wird dann die Kette der Produkte untersucht, die den Endprodukten einverleibt werden. In diesem Sinn wurden Abkommen mit den Rindfleischhändlern und den Schlachthäusern, den grossen Supermärkten und den kleineren, besonders denjenigen, die von Chinesen betrieben werden, dann auch mit Fabrikanten von Stahl- und Aluminiumblech und Kunststofffolien u.a., abgeschlossen.

Diese Abkommen laufen bis zum 31. Januar. Doch die Regierung beabsichtigt, sie zu verlängern und auch mehr Produkte aufzunehmen. Die Behörden üben dabei sanften Druck auf die Unternehmen aus und drohen mit Erhöhung der Exportsteuern oder in anderen Fällen mit Senkung der Importsteuern, sowie anderen Massnahmen, die bestimmte Unternehmen direkt betreffen. Es handelt sich nicht um offiziell festgesetzte Preise, wie es bei früheren Gelegenheiten der Fall war, aber der Unterschied zu jenem System wird immer kleiner. Die Unternehmer haben Angst vor Präsident Kirchner, der nicht zaudert, sie an den Pranger zu stellen, was auf alle Fälle nicht angenehm ist. Der Druck der Regierung geht in einigen Fällen so weit, dass die Regierung gegen die lokalen Manager von multinationalen Unternehmen, vorgeht. Im Fall der ita-

lienischen Firma Camuzzi, die Gasfernleitungen betreibt, wurde der Führung im Ausland empfohlen, den lokalen CEO zu entlassen, was die Konzernleitung dann auch tat. Durch dieses Vorgehen fühlen sich alle lokalen Manager der Multis bedroht, und werden versuchen, den Regierungsanweisungen Folge zu leisten. Der totalitäre Stil der Kirchner-Regierung kommt auch hier zum Ausdruck.

Die Regierung ist der Auffassung, dass sich die Unternehmer dann unnachgiebig gegenüber den Gewerkschaften zeigen werden, wenn diese Lohnforderungen vorbringen, die die Unternehmen nicht mit Gewinnen, Produktivitätszuwachs oder Effizienzfortschritten ausgleichen können. Wenn keine Abwälzung auf Preise möglich ist, sollte dieser Umstand das Verhalten der Unternehmer bedingen. Indessen liegt der Fall in der argentinischen Wirklichkeit anders. Die Gewerkschaften pflegen ihre Forderungen mit wilden Streiks und Gewaltmassnahmen zu begleiten, denen die Unternehmen nicht widerstehen können. Solange das Arbeitsministerium Streiks, die objektiv illegal sind, nicht als solche erklärt, und den Unternehmen dabei das Recht auf Entlassung der Streikenden ohne Entschädigung gibt, und bei Gewaltmassnahmen (wie z.B. Strassensperren und Attentaten)

nicht mit der Polizei eingreift, werden die unvernünftigen Lohnerhöhungen weitergehen. Ohnehin sind schon dieses Jahr viele Erhöhungen von 30% bis 100% erteilt worden, die einen phänomenalen Demonstrationseffekt haben und ähnliche Forderungen auf breiter Front schüren. CGT-Leiter Hugo Moyano hat schon angekündigt, er werde 2006 weitere Lohnerhöhungen durchsetzen. Diese Lohnerhöhungen, die die Unternehmen nicht schlucken können, werden früher oder später auf die Preise abgewälzt, mit oder ohne Stillhalteabkommen.

Argentinien verfügt schon über Erfahrung bei der Inflationsbekämpfung mit Einkommenspolitik. 1952, unter Perón als Präsident und Gomez Morales als Wirtschaftsminister (formell „Sekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten“), wurden Preise und Löhne für zwei Jahre eingefroren. Damals reichte der Weizenbestand nicht aus, um den Binnenkonsum zu befriedigen, so dass Perón beim Brot die Beimischung mit Hirse verfügte, um den Weizenbestand zu strecken. Er hätte als Alternative auch ein Weizendarlehen von den USA erhalten können; aber er wollte mit diesem minderwertigen Brot der gesamten Bevölkerung die Tiefe der Krise vor Augen führen, was ihm dann politisch die Lohneinfrierung gestattete. Die Inflationsrate sank dann 1952 auf Null und war 1953 minimal, wobei sich die Wirtschaft erholte, mit Zunahme des BIP. Bis es dann 1954 eine Lohnerhöhung von 20% gab und die Preise etwa im gleichen Verhältnis stiegen, wobei die Inflationsrate in den folgenden Jahren weiter zunahm.

1967, unter Onganía als Präsident und Krieger Vasena als Wirtschaftsminister wurden Löhne eingefroren (aber nicht so strikt wie 1952) und Stillhalteabkommen mit Unternehmern abgeschlossen. Die Inflation ging stark zurück und das BIP stieg stark. Aber dann kam es 1969 zum Aufstand in Córdoba, genannt „Cordobazo“, der sich gegen diese Wirtschaftspolitik richtete, jedoch im Wesen der erste Angriff der Terroristen (die später als Montoneros, ERP u.a. bekannt wurden) war. Denn die Arbeiter der Kfz-Werke in Córdoba, deren Belegschaften den Kern des Aufstandes stellten, gehörten zu den bestbezahlten des ganzen Landes und waren gewiss am Erfolg der damaligen Wirtschaftspolitik beteiligt. Präsident Onganía wurde eingeschüchtert und entliess seinen

erfolgreichen Wirtschaftsminister. Ein Jahr später wurde er selber abgesetzt. Die Inflation setzte dabei von neuem ein, mit stark steigender Tendenz.

1973 wurde ein neuer Versuch in dieser Richtung unternommen, mit Cámpora als Präsident und Gelbard als Wirtschaftsminister. Die Löhne wurden zunächst gewaltig erhöht, so dass von vorne herein ein unhaltbares Ungleichgewicht geschaffen wurde. Die Preise wurden allgemein eingefroren. Die Inflationsrate, die sich um 50% jährlich bewegte, sank stark, zeitweilig sogar auf Null. Das Schema wurde von einer stark expansiven Geldpolitik begleitet, was die Lage schliesslich unhaltbar machte. Mitte 1975 explodierte diese Politik und es kam zu einer dreistelligen Jahresinflation, die bis zur Konvertibilität andauerte, mit zwei Hyperinflationen am Ende, eine im März 1989 und die andere ein Jahr später.

Die Erfahrung lehrt somit, dass man gegenüber einer Einkommenspolitik eher skeptisch sein sollte. Kurzfristig funktioniert sie, nicht aber mittel- und langfristig. Die Regierung muss dabei eben doch eine dauerhafte Härte zeigen, sowohl gegenüber Unternehmern wie Gewerkschaften, die politisch schwer durchzuhalten ist.

Indessen sind die begleitenden Umstände jetzt günstiger, als bei vorangehenden Gelegenheiten. Die Wirtschaft ist viel offener, so dass viele lokale Unternehmer mit Konkurrenz aus dem Ausland rechnen müssen, besonders aus Brasilien; die Supermärkte, die jetzt den Einzelhandel beherrschen (was früher nicht der Fall war), haben eine stabilisierende Wirkung, weil sie die automatische Abwälzung höherer Preise ihrer Lieferanten verhindern; die Geldpolitik ist im Griff, die Staatsfinanzen weisen einen Überschuss aus, und die neue Technologie (vor allem Informatik) hat eine kostensparende Wirkung, die erlaubt, Lohnerhöhungen zumindest teilweise zu kompensieren. Schliesslich wirkt sich auch die jetzt bedeutende Schwarzwirtschaft stabilisierend aus, weil in diesem Bereich die Lohnerhöhungen in Grenzen gehalten werden und mit niedrigen Preisen konkurriert wird, was formell tätigen Unternehmen Grenzen setzt. Somit liegt jetzt nicht, wie bei den erwähnten Gelegenheiten, das ganze Gewicht der Stabilisierungspolitik bei der Einkommenspolitik, was den Fall einfacher macht.

## Erfolgreiche Investitionsförderung

Auf die seit mehreren Jahren vielerorts geäusserte Sorge über unzureichende Investitionen, antwortete die Wirtschaftsführung im Vorjahr mit konkreten Fördermassnahmen. Der damalige Wirtschaftsminister Roberto Lavagna pflegte die Investitionsquote im Bruttoinlandprodukt als unzureichend einzustufen. Sie müsse von 21% des BIP auf mindestens 23% zunehmen, welche Quote im Vergleich zu asiatischen Wachstumsländern immer noch recht bescheiden ist.

Die Investitionsanreize konzentrieren sich, wie erinnerlich, hauptsächlich auf eine beschleunigte Abschreibung der erworbenen Kapitalgüter in der Berechnung der Einkommenssteuer, was mit einem entsprechenden Verlust der Steuereinnahmen für den Fiskus einher geht. Des weiteren werden den begünstigten Unternehmen, die über sogenannte technische Guthaben der MwSt. verfügen, diese Gelder ausbezahlt, sofern sie für die gewünschten Investitionsprogramme qualifizieren. Allerdings schliessen sich beide Anreize gegeneinander aus, also entweder beschleunigte Abschreibung oder Rückzahlung der MwSt.-Guthaben.

Die Investitionsförderung erfolgt nicht automatisch, sondern in Gestalt öffentlicher Ausschreibungen, an denen sich die interessierten Unternehmen beteiligen. Seit Inkrafttreten des Gesetzes Nr. 25.924 über Investitionsförderung Ende 2004 wurden vier Ausschreibungen abgehalten, die sich als erfolgreich entpuppten.

Von den zwei ersten Ausschreibungen berichtete die Zentralbank in ihrem Bericht über die Inflation im letzten Quartal 2005. Für die erste Ausschreibung wurden Zuschläge an 22 grosse Unternehmen und 14 kleine (Pymes) für \$ 5,47 Mio. erteilt, davon 47% für Stahlprojekte, 30% für agroindustrielle, 13% für Kfz und deren Zubehör sowie je 4% für nicht metallische Mineralien, Erdölraffination und sonstige.

In der zweiten Ausschreibung gewannen 27 grosse Unternehmen und 20 Pymes für 2,6 Mio. mit 45% agroindustriellen Projekten, 20% für Stahl, 15% für Kfz, 8% für nichtmetallische Mineralien, 6% für Papier und 16% für sonstige. Die Investitionen müssen innerhalb von drei Jahren durchgeführt werden.

Interessant an den Projekten ist nicht nur die verheissene Schaf-

fung von 3.700 Arbeitsstellen in der ersten und 2.000 in der zweiten Ausschreibung, sondern auch die Exportabsichten für US\$ 2,6 Mio. bzw. 1,15 Mio.

Die Politik der Investitionsförderung ist sicherlich deshalb erfolgreich, weil sie keinesfalls direkte Subventionen des Schatzamtes oder anderer Staatsstellen verheisst, die meistens im Nachhinein nicht eingehalten werden, kaum dass Kassennot vorherrscht, sondern vielmehr auf der beschleunigten Abschreibung beruht, die jeder Steuerzahler selber in seiner Steuererklärung berechnet und vom Kontrollamt jederzeit überprüft werden kann. Die Rückzahlung der MwSt. dürfte freilich einige Mühe bereiten, kann aber an Hand der Zuschläge belegt werden. Jeder Interessent entscheidet, welchen Anreiz für ihn am vorteilhaftesten ist.

Für die Kraftwagenindustrie gilt ein gesondertes System, durch das \$ 326,5 Mio. ausbezahlt werden, sofern sich die Firmen für entsprechende Investitionen in gleichen Beträgen verpflichten. Der Betrag ist nicht willkürlich, sondern entspricht einer Schuld der Regierung als Folge eines besonderen Programms für die Verschrottung alter Kraftwagen bei gleichzeitigem Kauf neuer Wagen. Die Regierung hatte vor einigen Jahren dieses Programm autorisiert, als der Verkauf lahm lag, und blieb nachher die Auszahlung der Subvention schuldig.

Das Programm zur Förderung von Investitionen beruht auf Ausschreibungen und Zuschlägen, weil die Wirtschaftsführung für jedes Haushaltsjahr ein Kontingent bestimmt. Für 2005 wurden \$ 1,2 Mrd. vorgesehen, davon mindestens \$ 200 Mio. für kleine Unternehmen (Pymes). Mit dem Kontingent vermeidet die Regierung uferlose Subventionen, die in der Haushaltsrechnung schwer einzuplanen sind, weil sie auf privaten Entscheidungen beruhen. So geschah es (und geschieht zum Teil immer noch) mit den berechtigten Investitionssubventionen für La Rioja, San Luis, Catamarca und San Juan in Gestalt von MwSt.-Zahlungen an eigene geförderte Niederlassungen, anstatt an die Steuerbehörde, deren Rückzahlung in vielen Jahren ohne Zinsen und Inflationsberichtigung erfolgt. Ebenso wurden mit anderen Steuergeschenken gewisse Investitionen in Tierra del Fuego subventioniert.